

Zeitung

Vierteundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Äquivalent 40 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Redaktionen die 22 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsort: Berlin - Friedrichstraße 22 und, Sonntags und Montags 1 mal. Schließung und Haupt-Schließung: Halle, Neue Dromedarsstraße 1a, Gr. Braubausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Bezugspreise:

Im Falle monatlich bei zweimonatlich Zahlung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, durch die Post 22.50 Mark, auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im Einzel-Vertrieb eingetragene. Für unvorläufig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Hochdruck nur mit der Quellenangabe „Zeitung“ gestattet. Ferner der Schließung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtdg. Nr. 1418 u. 1411, der Bezugs-Abtdg. Nr. 1133.

Nr. 357.

Halle, Dienstag, den 3. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Das Amnestiegesetz vor dem Reichstage.

„Preßtrabanten“.

Der Inhalt des Leitartikels unserer Sonntagnummer „Alle Mann an Bord“ hat die „Hällische Allgemeine Ztg.“ in Sarkasmus gebracht. Sie ist aber nicht etwa über die sachlichen Ausführungen getostet, die wir an die Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Scholz geknüpft haben, sondern darüber, daß wir einen Gegenstand der Auffassung des Reichswirtschaftsministers zu „dem Geschreibsel vieler, an eigenes Denken nicht gewöhnter Preßtrabanten der Deutschen Volkspartei“ festgestellt haben. Wir wissen zwar nicht, warum gerade das volksparteiliche Blatt in Halle sich über diese Feststellung so besonders entrüstet, denn es ist uns ja gar nicht im Traum eingefallen, die Zugehörigkeit der „Hällischen Allgemeinen Zeitung“ zu diesem volksparteilichen Preßtrabanten-Klängel auszusprechen oder gar an ihrer eigenen Denkfähigkeit auch nur im geringsten zu zweifeln. Aber da sie trotzdem die Gelegenheit wahrgenommen hat, für diesen Klängel eine Range zu brechen, können wir es nicht unterlassen, sie auf einer Kampfmethodo festzunageln, die alle die Vorwürfe, die sie glaubt, uns machen zu können, auf sie selbst zurückzuschieben läßt. Wir haben ausdrücklich von vielen, an eigenes Denken nicht gewöhnter Preßtrabanten gesprochen. Der Leitartikel der Allgemeinen will aber so, als ob wir alle volksparteilichen Blätter damit gemeint hätten, und sagt, auch die „Saalezeitung“ müßte wissen, daß die gesamte deutsch-volksparteiliche Presse mit der Regierung der Auffassung ist, daß unter allen Umständen und mit allen Mitteln versucht werden muß, das Rosenabkommen von Spa zu halten. Wenn die „Saalezeitung“ das nicht wisse, so tralte sie mit Schenkklappen an der volksparteilichen Presse vorüber oder beschaue etwas bösen Willens wider besseres Wissen.

Gerade weil die volksparteiliche Presse in den letzten Wochen aufmerksamer verfolgt hat, weiß, daß dort während der kritischen Tage in Spa und noch unmittelbar vor der offiziellen Stellungnahme der Regierung im Reichswirtschaftsrat und im Reichstage durchaus nicht immer der Wille zum restlosen Einlass für das Rosenabkommen gefördert, sondern vielfach sehr stark in fruchtloser negativer Kritik gearbeitet worden ist. Erst als entsprechende Winke aus der volksparteilichen Zentrale kamen, wachte der Wind anders. Eine rühmliche Ausnahme machten anfangs nur einige maßgebende volksparteiliche Blätter, die ihre Stellung im politischen Leben etwas anders auffassen und nicht nur Trabanten sein wollen, die ihre Erleuchtung von einer parteilichen Zentralfunktion erhalten, ohne die sie in einiger Dämmrung verharren müßte.

Im Uebrigen haben wir keine Lust, uns in eine Zeitungsschelte mit dem hällischen volksparteilichen Organ einzulassen. Weder glauben wir, daß unser Verstehten daran ein Interesse hat, noch scheint uns damit den politischen Allgemein-Interessen gedient. Auch will uns der persönlich ausgepielt, gehässige Ton, den die „Allg. Ztg.“ anschlägt, recht wenig zu dem Ernst der Probleme passen, von deren Lösung die Existenz unseres Volkes abhängt. Der Vorwurf gemeinen politischen Krafteleutens, den uns das volksparteiliche Blatt glaubt anhängen zu können, kann uns nur ein Lächeln ablocken, und wir vermuten, daß es uneren Lesern ebenso gehen wird, die verfolgt haben werden, wie wir an dieser Stelle stets zum Einlass aller Kräfte für die produktive Arbeit aufgerufen haben. Wenn wir gegen das Geschreibsel vieler, an eigenes Denken nicht gewöhnter Preßtrabanten Stellung nahmen, so geschah es auch nur, weil wir damit die Gedankenlosigkeit mancher Journalisten treffen wollten, die über der Lust an persönlicher Anreicherung ihre vornehmliche Pflicht vergessen, in den Zeiten der unerbittlichen Not anerkennend und versöhnend auf ihre Forderung einzutreten.

Wir lehnen es für die Zukunft ab, politische Erörterungen in kleinliche Reibereien und Zeitungsschelten ausarten zu lassen. Dazu haben wir weder Lust noch Zeit.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung, Montag, 2. August, 1 Uhr nachmittags. Das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Holland wird endgültig angenommen und ebenso der Vertrag zwischen der deutschen und niederländischen Regierung über Kredite und Einzahlungen, sowie die Novelle zum Postgebühren-Gesetz vom 20. April 1920, wonach die Erhöhung der Zeitungsgebühren erst vom 1. Januar 1921 ab erfolgt.

Es folgt die erste Beratung des Antrages Müller-Franken (Soz.) auf

Vorlegung eines allgemeinen Amnestie-Gesetzes

und eines Gekesentwurfes der bürgerlichen Parteien auf Gewährung von Straffreiheit für Straftaten zur Abwehr hochverräterischer Unternehmen gegen das Reich und zur Unterstützung an solchen Unternehmen mit Ausnahme der Urheber und Führer. Von der Straffreiheit ausgeschlossen wird nach diesem Antrage Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung zwecks Raubes und Brandstiftung.

Abg. Habbruch (Soz.): Wenn man im Sinne des bürgerlichen Antrages auch die Kapoffen freiläßt, dann muß man auch die Revolutionäre des Jahres 1917 straflos lassen, weil dann auch den änderlichen Revolutionären Anspruch auf Straffreiheit zugestimmt werden muß.

Abg. Dr. Jerschke (U. S.) begründet den Gekesentwurf seiner Partei, der für alle vorläufigen Bewandenen verurteilten Straftaten die Amnestie gewährt will, insbesondere für solche Straftaten, die im Zusammenhang mit der Abwehr des Rapp-Putsch oder des im Anschluß hieran erfolgten Eingreifens der Reichswehr stehen. Straftaten, die zur Unterstützung des Rapp-Putschs dienten, sollen von der Amnestie ausgeschlossen werden.

Abg. Burloge (Ztr.): Der Straffreiheit müssen bestimmte Grenzen gezogen werden, wenn wir uns nicht mit dem besten Teile des Volkes in Widerspruch setzen wollen. Wir könnten es nicht verantworten, wenn die Amnestie nur einer Partei zugestimmt würde. In die inneren Angelegenheiten der Länder wollen wir uns durch das Amnestiegesetz nicht einmischen.

Abg. Queringer (Dn.): Gegen den Erlaß allgemeiner Amnestie sprechen immer schwere Bedenken. Daher beschränkt sich denn die vorliegenden Anträge auf Straftaten politischer Art. Die mangelhafte Ernährung des Volkes nach der Revolution, wenn viele das moralische Gleichgewicht verloren haben. Der Antrag der Unabhängigen geht uns zu weit. Eine Majorisierung Bayerns, dessen Volksvertretung für die Amnestierung der hochverräterischen Unternehmen gegen die kaiserliche Bundesregierung ausgesprochen hat, kann nicht in Frage kommen, das würde die schmerzlichen Konflikte im Reiche hervorruhen. Zu dem Antrag der anderen bürgerlichen Parteien beantragen wir eine Veränderung dahin, daß die Amnestie auch auf die Urheber und Urheber der in Frage kommenden hochverräterischen Handlungen ausgedehnt wird. Das entspricht auch der seinerzeit vom Justizminister Schiffer gegebenen Zusage.

Justizminister Heine: Wenn wir die unhaltbaren Zustände im Rückgeleit befestigen wollen, dann muß die ungescheure Erregung, die infolge der Strafprozesse sich dort geltend macht, beseitigt werden. Das Recht Bayerns auf seine Justizhoheit erkennen wir an, daher trifft der Antrag der Regierungsparteien, die die Straffreiheit auf Handlungen gegen das Reich beschränkt, das Richtige. Auf Rädelsführer und gemeine Verbrecher darf sich die Amnestie nicht erstrecken. Der Koalitionsantrag geht weiter als das Bielefelder Abkommen, denn er ist nicht jetzt beschränkt. Er bezieht sich nicht ausschließlich auf den Rapp-Putsch und er bezieht nicht bloß auf Abwehr von Hochverrat, sondern abgesehen von Führern auch auf Helfer, die Straffreiheit.

Dr. Kaß (D. Vp.): Wir wünschen die Amnestie, weil wir einen Strich unter die Vergangenheit machen wollen. Wir erkennen die Staatsnotwendigkeit an, den auf der Volkarbeit infolge der Strafprozesse lastenden Druck zu vermindern. Das Recht des Reiches, Amnestiegesetze auch mit Wirkung für einzelne Länder zu erlassen, ist unbestreitbar. Die Frage, ob das Reich in diesem Falle davon Gebrauch machen soll, ist jetzt aber aus politischen Gründen durchaus zu verneinen.

Abg. Schiffer (Dem.): Die Tatsache, daß die Urheber des Rapp-Putschs bis ins hohe Alter der Verantwortung entzogen haben, macht sie unwürdig der Amnestie. (Schriktlich bei den Demokraten.) Bei den Besprechungen mit Vertretern Rapps habe ich die Verluste, Bedingungen zu stellen, abgelehnt. Mein Eintreten für eine allgemeine Amnestie habe ich persönlich allerdings in Aussicht gestellt, aber als die unermessliche bedingungslose Kapitulation vorwegvert wurde, sofort wieder zurückgezogen.

Abg. Emminger (Bayr. Vp.): Amnestien dürfen nicht zur Unterbindung der Autorität des Hofverrats führen. Wir haben bisher in Bayern das System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen Ausführung wir in die Hände der Volksgerechtigkeit selbst legen.

Präsident Goede: Die Erörterung spricht sich sehr weit aus. Es wäre behauerlich, wenn wir insolge dessen solange zusammenbleiben müßten, daß schließlich an einer etwaigen Beschlussfähigkeit des Hauses unsere schönsten Hoffnungen zugrunde gehen.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.): Ich stimme persönlich für den Antrag der Deutschnationalen, weil ich an den Verhandlungen während der Rapp-Debatte teilgenommen habe und damit die Zusage des Eintritts für eine allgemeine Amnestie gegeben habe.

Abg. Ludwig (U. S.): Die Abwehr-Aktion gegen die Rapp-Leute war doch ein Langzugeschlag. Will man die Leute eingesperrt halten, die dabei über die Stränge geschlagen haben?

Justizminister Heine: Die Führer und Urheber

von Abwehr-Unternehmungen gegen den Hofverrat sind nicht von der Amnestie ausgeschlossen.

Abg. Herzt (Dn.): Wir waren bei den Verhandlungen darüber einig, daß eine allgemeine Amnestie nur der Nationalversammlung vorgelegt werden sollte. Daraufhin hat Wittvich sich bereit erklärt, die ganze militärische Aktion einzustellen. Unterstaatssekretär Goelz hat ein empfindendes Protokoll genehmigt, wonach Herr Schiffer als Minister für die allgemeine Amnestie eintreten werde. Am nächsten Tage teilte ich Herr Schiffer meine Zusage zurückzugeben. (Laut, hört!)

Abg. Frau Jettin (Komm.): Die verlappten Kapoffen sind jetzt in der Nacht, sie wollen nur deshalb eine allgemeine Amnestie gewähren, damit nicht die im Reich schmachtenden begeisterten Arbeitervertreter in Freiheit kommen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die Regierung Bauer stand auf dem Standpunkt, daß Verhandlungen über eine allgemeine Amnestie gar nicht in Frage kommen könnten.

Abg. Schiffer (Dem.) betont nochmals, daß der Abbruch der Verhandlungen erfolgt sei, als Wittvich sich weigerte vom Kommando zurückzutreten.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) und Dr. v. D. E. b. r. u. c. bestätigen, unter dem Eindruck gestanden zu haben, daß Herr Schiffer sein Eintreten für die allgemeine Amnestie zugestagt habe.

Damit schließt die erste Beratung.

In der zweiten Sitzung wird der Gekesentwurf der Unabhängigen gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien, der Antrag der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag der Koalitionsparteien wird angenommen, ebenso in dritter Sitzung und gegen die Stimmen der Deutschnationalen in der Gesamtabstimmung.

Endgültig angenommen werden Verfassungsänderungen über die Abgaben der preussischen Stimmen im Reichstag und über des Reichsgemeindewahlrecht für Helgoland.

Daraufhin wird die zweite Beratung des ergänzenden Haushalts-Gesetzes fortgesetzt.

Der Haushalt des Ministeriums des Inneren wird ohne Erörterung bewilligt.

Beim Haushalt des Wehrministeriums fordert Abg. Schöpfung (Soz.) eine Verminderung der Zahl der Generale und Obersten.

Reichswehrminister Dr. Gessler: Gewiß darf kein Pfennig mehr ausgegeben werden, als unbedingt nötig ist. Die junge Reichswehr ist aber in voller Umbildung und gerade während der Uebergangszeit bedürfen wir noch einer großen Zahl erprobter Offiziere.

Nach weitere Debatte wird der Wehrhaushalt bewilligt, ebenso der Haushalt des Schatzministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums, bei dem der Minister Kirch ein Telegramm der banatischen Berkehrspersonal-Vereine verliest, wonach jede Demonstrationstreik für ihre wirtschaftlichen Zwecke ablesne. Wir haben jetzt 238 Milliarden Schulden im Reiche, wozu noch 39 Milliarden für die Eisenbahnübernahme kommen.

Beim Haushalt des Auswärtigen bestirmt Abg. Freiherr von Bernser (D. Vp.) die Herausgabe einer überflüssigen kurzen Volksschau der Hauptbestimmungen des Verfallens-Vertrages. Auf diese Weise könnten wir das beste Werkmittel für die Revision des Vertrages bekommen.

Außenminister Dr. Simons erklärt, der Anregung gern entsprechen zu wollen. (Um 3 10 Uhr war der Schluß des Reichstages vor Berlin noch nicht zu bekommen.)

Die deutschen Luftschiff-Lieferungen an das Ausland.

Friedrichshafen, 30. Juli. In der gestern hier abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Deutschen Luftschiffahrt-Aktiengesellschaft, in der beschlossen wurde, angefaßt des Verlustes von 149 000 Mark für das abgelaufene Geschäftsjahr seine Dividende zu verteilen, teilte der Vorsitzende u. a. mit, daß die Entente für die nach der Revolution zerstörten sieben Luftschiffe Ersatz verlangt, aber nicht der Zahl der Schiffe, sondern dem Rauminhalt nach. Die beiden letzten Passagierluftschiffe Bodensee und Nordsee müssen abgeliefert werden. Die Entente erlaubt uns, ein Vierteljahr nach Ablieferung des letzten Kriegesgeräts den Bau von Luftschiffen wieder aufzunehmen. Das ist aber eine Zeitbestimmung, die ganz nach Belieben abgeändert werden kann. Bei Wiederaufnahme des Luftschiffbaues muß dann jedes dritte Luftschiff bis zur Erreichung der verlangten Gesamtzahl von Ersatzschiffen an die Entente abgegeben werden, und zwar soll von dreien jeweils immer das vollkommene Luftschiff zur Ablieferung gelangen. Ob sich der game Plan überhaupt durchführen läßt, ist fraglich. Ueber die Fortdauer der Entente, daß die große Ballonhalle in Friedrichshafen gänzlich zerstört werden müßte, sind neue Verhandlungen eingeleitet worden.

Die Notlage der deutschen Presse.

Alemberg, 2. Aug. Die am Sonnabend hier abgehaltene äußerst zahlreich besuchte Hauptversammlung des Vereins hauerlicher Zeitungsverleger nahm nach längerer, lehr

Familien-Nachrichten

Geboren: Erich Schradt (S.), Halle. Verlobt: Eile Goldstein, Nordhausen - Max Abraham, Bremen. Gestorben: Alfred Werner Richter, Nordhausen. Gestorben: Adolf ...

Sport der 'Saale-Zeitung'

Vorwahlen für Hannover, Dienstag, den 3. August.

1. A.: Herber II.-Cellis 2. A.: Friis-Rosenblüh, 3. A.: Gernoth-Rothaus, 4. A.: Roland-Der Wöhr, 5. A.: Stall-Grabis-Stall Weiden, 6. A.: ...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Hafervorräte der alten Ernte.

Der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands ... Die alte Ernte ...

Vom Zuckermarkt.

Nh. Vom Beginn des neuen Betriebsjahres, das immer wieder Veränderungen in der Bewirtschaftung des Zuckers bringen wird, trennen uns nur noch vier Wochen. Bisher sind noch keine festen Bestimmungen getroffen worden ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Der gewöhnliche Mischungs des deutschen Viehfleisches während der Preissteigerung hat keine unbedeutende Wirkung auf Deutschland ...

Der gewöhnliche Mischungs des deutschen Viehfleisches während der Preissteigerung hat keine unbedeutende Wirkung auf Deutschland ...

Table with columns for dates (1.12.1914, 1.3.1919, 1.3.1920) and values for various categories like 'Räuber unter 3 Monate', 'Schweine über 1 Jahr', etc.

Die Entdeckung der Zuckerrüben hat inwieweit weitere Fortschritte gemacht, was durch die Nebenuntersuchungen einwandfrei ausgewiesen wird.

Das Ergebnis der letzten Viehzählung vom 1. Juni d. J. ist noch nicht abgeschlossen, soweit aber die Zählungen vorliegen, lassen sie erkennen, daß durchweg ein weiterer Rückgang der Viehzahl ...

Börse-Stimmungsbericht.

Berlin, 2. August. Die Börsen-Stimmungsberichtschaftung bildet heute im allgemeinen das wesentliche Merkmal des Börsenverkehrs. Größeres Gefühl und belagere Kursveränderungen ...

Devisenkurs.

Table showing exchange rates for various locations: Amsterdam-Rotterdam, Brüssel-Brüssel, Cuxhaven, etc.

Produktenbericht.

Berlin, 2. August. Am Produktionsmarkt hat das niedrige Angebot der Regierung für die Liefermenge aller Getreide ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

der Reichertwert der Ausgabe von im Namen der Willen ... die letzten ...

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Ausstellungen ... die am heutigen Tage in Berlin zum vorübergehenden Tage in Markt ...

Berliner Börse

Table with columns for Deutsche Werte, Eisenbahn-Aktionen, Bank-Aktionen, Schiffbau-Aktionen, and Industrie-Aktionen.

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...

Die Umstellung bei der Friedrich-Rupp-W.G. ist nunmehr so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach bisherigem System in Massenfabrikation stattfinden kann ...